

Halbzeitbilanz

2014–2020



Die Grünen
im Rat der Stadt Bochum





08 VERKEHR IN BOCHUM



40 KINDER | JUGEND | FAMILIE IN BOCHUM

32 SOZIALES IN BOCHUM



12 UMWELT IN BOCHUM



Inhalt

- 04 Editorial
- 06 Die Grünen in Ratsgremien
- 08 Verkehr
- 12 Umwelt
- 16 Nachhaltige Stadtentwicklung
- 24 Schule
- 28 Finanzen
- 32 Soziales
- 36 Flüchtlinge
- 38 Integration
- 40 Kinder | Jugend | Familien
- 44 Sport
- 48 Kultur
- 52 Stadtbezirke



Liebe Leserin, lieber Leser!

die laufende kommunale Wahlperiode hat am 1. Juni 2014 begonnen und wird am 31. Oktober 2020 enden. Zur Halbzeit ziehen wir Bilanz: Was haben wir schon erreicht? Was wollen wir noch erreichen? Welche Erfolge haben wir erzielt? Wo sind wir unzufrieden?

Unser grüner Kurs ist gesetzt. Wir wollen bei allen Entscheidungen sozial und ökologisch verantwortlich handeln. Dabei müssen wir oft Umwege gehen und auch Rückschläge verkraften. Denn Bochum befindet sich immer noch im Strukturwandel und damit in einer wirtschaftlich schwierigen Lage, welche die Spielräume eng macht. Uns Ehrenamtliche in der Kommunalpolitik zwingt das an vielen Stellen in einen schwierigen Spagat. An vier Beispielen wird das deutlich:

1. Der Haushalt wurde seit 2012 Jahr für Jahr genehmigt. Das ermöglicht es uns überhaupt erst, nennenswerte Investitionen zum Beispiel in Schulgebäude zu tätigen und freiwillige Leistungen im sozialen Bereich zu gewähren. Die Verschuldung sinkt und der von der Kommunalaufsicht geforderte Haushaltsausgleich 2022 rückt in erreichbare Nähe. Eine Deckelung der Personalkosten hat uns dabei geholfen. Die Kehrseite: Es fehlt Personal an allen Ecken und Enden. Und wir müssen immer wieder auch Sparmaßnahmen beschließen, die wehtun, zuletzt die Erhöhung bei den Beiträgen für die Musikschule.

2. Immer mehr Menschen aus den Krisengebieten dieser Welt suchen Schutz und eine neue Lebensperspektive in Europa. Bochum wurden 2015/2016 zeitweise 150 Personen pro Woche zugewiesen. In einem Kraftakt sondergleichen gelang es, für alle neu Angekommenen Unterkunft, Verpflegung und medizinische Versorgung sicherzustellen. Eine solidarische Stadtgesellschaft nimmt sich ihrer als Menschen an, auch wenn die Rechte von Geflüchteten durch die Bundesregierung seither massiv beschnitten werden. Als Grüne haben wir unseren politischen Beitrag zur Willkommenskultur und zur Aufnahme von über 6000 Menschen geleistet (siehe Kapitel Flüchtlinge). In kurzer Zeit wurde beispielsweise mehr Raum an den Schulen geschaffen, damit die Seiteneinsteigerkinder Unterricht bekommen. Unzufrieden müssen wir aber sein, solange Menschen in Wohncontainern leben und Kinder oft lange warten

müssen, bis sie einen Platz an einer weiterführenden Schule bekommen. Und wir stehen immer noch vor der Mammutaufgabe, den vielen Menschen, die sich hier ein neues Leben aufbauen wollen, über Spracherwerb und Arbeit eine Perspektive zu ermöglichen. Mehr Spielräume hätten wir, wenn Bund und Land die Kommunen nicht auf einem großen Teil der Kosten sitzen lassen würden.

3. Bochum ist seit 25. Mai 2016 Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußgängerfreundlicher Städte. Diese Mitgliedschaft beschreibt weniger ein Haben als ein Soll. Es ist jetzt der erklärte Anspruch städtischer Politik, das Leitbild der autogerechten Stadt hinter sich zu lassen und mehr Raum für Rad- und Fußverkehr zu schaffen. Natürlich könnte vieles schneller gehen. Auf vielen Hauptverkehrsstraßen müssen Radfahrer immer noch ein hohes Risiko eingehen, weil es keinen Radfahrstreifen gibt. Auch hier lässt der Spardruck keine großen Sprünge zu. Dennoch geht die Bewegung jetzt in die richtige Richtung.

4. Gleich zu Beginn der Wahlperiode suchte der Katastrophen-Sturm Ela die Rhein-Ruhr-Gegend heim und verursachte auch in Bochum massive Schäden: Menschen wurden verletzt, Häuser beschädigt, Oberleitungen zerrissen, Autos zerquetscht. Über 10.000 städtische Bäume – darunter über 3000 (von rund 40.000) Straßenbäumen – sind entweder gleich umgestürzt oder mussten wegen schwerer Schäden gefällt werden. Wir haben zwar mehr Geld für Nachpflanzungen in den Haushalt eingestellt. Der Schaden für das Stadtklima und das Stadtbild ist beträchtlich. Um ihn zu kompensieren, müsste ein Vielfaches an Geld und Personal eingesetzt werden. Die relative Armut der Stadt ist also nicht nur ein soziales, sondern auch ein ökologisches Problem.

Fazit: Wir haben noch nicht alles erreicht, was wir uns in unserem Kommunalwahlprogramm 2014 – 2020 vorgenommen haben. Es gibt also noch viel zu tun. Wir laden Sie nun ein, auf den folgenden Seiten einen Blick auf die Details unserer Bilanz zu werfen. **Wo stimmen Sie unserer Bewertung zu? Was sehen Sie anders? Was fehlt Ihnen?** Wir sind dankbar für jede Art von direkter Rückmeldung – persönlich, telefonisch oder per Mail. Im Januar 2018 werden wir unsere Bilanz im Rahmen eines öffentlichen Fachtags vorstellen und diskutieren. Dazu laden wir Sie noch gesondert ein.

Bochum im August 2017

**Astrid Platzmann-Scholten
und Manfred Preuß**

Fraktionsvorsitzende



Für die Grünen in Ratsgremien



*Die 11 Ratsmitglieder der Grünen (vlnr):
Hinten: Züleyha Demir, Astrid Platzmann-Scholten, Oliver Buschmann,
Martina Foltys-Banning, Manfred Preuß, Katharina Schubert-Loy, Mustafa Calikoglu
Vorne: Sebastian Pewny, Esra Tekkan-Arslan, Wolfgang Rettich, Barbara Jessel*

Haupt- und Finanzausschuss:

Manfred Preuß, Astrid Platzmann-Scholten

Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (JHA):

Manfred Preuß

Ausschuss für Beteiligungen und Controlling:

Wolfgang Rettich, Wolfgang Cordes (sachkundiger Bürger)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Astrid Platzmann-Scholten (Vorsitzende), Katharina Schubert-Loy,
sowie Ayse Balyemez (sachkundige Bürgerin als stv. Mitglied)

Ausschuss für Kultur:

Barbara Jessel, Doris Hucke (sachkundige Bürgerin),
René Wynands (Sachkundiger Einwohner)

Ausschuss für Sport und Freizeit:

Züleyha Demir, Wolfgang Cordes (sachkundiger Bürger)

Ausschuss für Schule und Bildung:

Esra Tekkan-Arslan, Oliver Buschmann
sowie Ayse Balyemez (sachkundige Bürgerin als stv. Mitglied)

Ausschuss für Strukturentwicklung:

Martina Foltys-Banning, Wolfgang Rettich,
sowie Wolfgang Cordes (Sachkundiger Bürger als stv. Mitglied)

Ausschuss für Planung und Grundstücke:

Martina Foltys-Banning, Barbara Jessel sowie Frank Schulz (sach-
kundiger Bürger als stv. Mitglied), Egbert Hornberg (Sachkundiger
Einwohner)

Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität:

Sebastian Pewny, Patrick Hoenninger (sachkundiger Bürger)

Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung:

Oliver Buschmann, Sebastian Pewny

Rechnungsprüfungsausschuss:

Katharina Schubert-Loy, Sebastian Pewny

Wahlprüfungsausschuss:

Barbara Jessel, Karsten Finke

Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe:

Manfred Preuß, Züleyha Demir

Integrationsrat:

Mustafa Calikoglu, sowie Ayse Balyemez und Michael Krummacher
von der Grünen Liste Vielfalt als gewählte Vertretung der MigrantInnen

Frauenbeirat: Helena Hartlieb, Thea Jacobs

Seniorenbeirat: Ingrid Guttke, Jürgen Hoffmann



Das Leitbild der autogerechten Stadt hat ausgedient.



Kurswechsel in der Mobilität – Mehr Rad- und Fußverkehr!

Ende Mai 2016 wurde ein über zehnjähriger Kampf endlich von Erfolg gekrönt: Bochum wurde in die „Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW“ (AGFS) aufgenommen. Der Beitritt symbolisiert die endgültige Abkehr vom verkehrspolitischen Leitbild der autogerechten Stadt auch in Bochum. Die AGFS-Mitgliedschaft dokumentiert auch ein grundsätzliches Umdenken in der Stadtverwaltung und speziell in der Verkehrsplanung.

Das Fahrrad ist inzwischen als gleichberechtigtes Verkehrsmittel anerkannt, das Reduzieren von Fahrspuren des motorisierten Individualverkehrs zugunsten von Radwegen ist kein Tabu mehr. Bei der Grunderneuerung von Straßen wird jetzt immer, wo es möglich ist, der Straßenquerschnitt so neu aufgeteilt, dass der Radverkehr angemessen berücksichtigt wird. Auch an zahlreichen bestehenden Straßen – vor allem den Cityradialen – wurden in den letzten Jahren bereits Radwege oder zumindest Schutzstreifen angelegt.

Die Anstrengungen der letzten Jahre werden auch wahrgenommen und anerkannt: Der im Mai 2017 veröffentlichte Fahrradklimatest des ADFC bescheinigt Bochum im Vergleich zu 2014 „starke Verbesserungen“. Bei bundesweit 39 teilnehmenden Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern ist Bochum von Rang 37 auf 23 geklettert.

Parallel zum AGFS-Beitritt konnten wir unsere alte Forderung nach einem Mobilitätsbeauftragten zumindest teilweise durchsetzen: Der neue Nahmobilitätsbeauftragte ist zentraler Ansprechpartner für Rad- und Fußverkehrsthemen. Der Nahmobilitätsbeauftragte koordiniert notwendige Abstimmungen in der Verwaltung, erstellt Vorlagen für die politischen Gremien und sorgt durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit dafür, dass Anliegen des Rad- und Fußverkehrs in der Wahrnehmung präsent bleiben.



Radschnellweg 1 – Einstieg in die Planung

Der vom Regionalverband Ruhr (RVR) initiierte Radschnellweg Ruhr (RS1), der das Ruhrgebiet von Duisburg bis Hamm quert, soll eine schnelle, kreuzungsfreie und sichere Radverkehrsverbindung zwischen den Städten ermöglichen. Für viele Berufspendler könnte er eine attraktive Alternative zum Auto darstellen, gerade wenn Pedelecs und E-Bikes genutzt werden. Auch wenn der RS1 von fast allen politischen Kräften befürwortet wird, ist das Projekt insgesamt ein Erfolg der Überzeugungsarbeit, die Grüne an vielen Stellen über viele Jahre hinweg geleistet haben – so auch wir in Bochum. Im Juni 2016 hat der Rat den Grundsatzbeschluss zur Planung des RS1 auf Bochumer Gebiet getroffen. Ab 2018 rollen die Bagger.



» Ab 2018 rollen
die Bagger.«

Im Juni 2016 hat der Rat den Grundsatzbeschluss zur Planung des RS1 auf Bochumer Gebiet getroffen.

Das Radverkehrskonzept muss dringend aktualisiert werden.



Radverkehrskonzept und Radwege

Das Radverkehrskonzept aus dem Jahr 1999 ist völlig veraltet und muss dringend aktualisiert werden. Ein Gesamtkonzept ist notwendig, weil sich Sinn und Stellenwert von Einzelmaßnahmen letztlich nur vor dem Hintergrund eines Netzplans beurteilen lassen. Die Arbeit am Radverkehrskonzept ruht zurzeit leider wegen fehlender Planungskapazitäten der Verwaltung. Auf dem Erfolg des AGFS-Beitritts dürfen wir uns nicht ausruhen. Denn es bleibt noch viel zu tun, bis Bochum wirklich fahrradfreundlich ist. Wir müssen weiter Radwege ausbauen und erste Fahrradstraßen ausweisen.

Zur Förderung des Radverkehrs gehört es auch, genügend Abstellmöglichkeiten zu schaffen. Ein Konzept für Radabstellanlagen in der Innenstadt wird bereits erarbeitet. In Zukunft müssen neben den einfachen Fahrradbügeln sichere und witterungsgeschützte Abstellmöglichkeiten angeboten werden, die es bisher nur in der Radstation am Hauptbahnhof gibt.

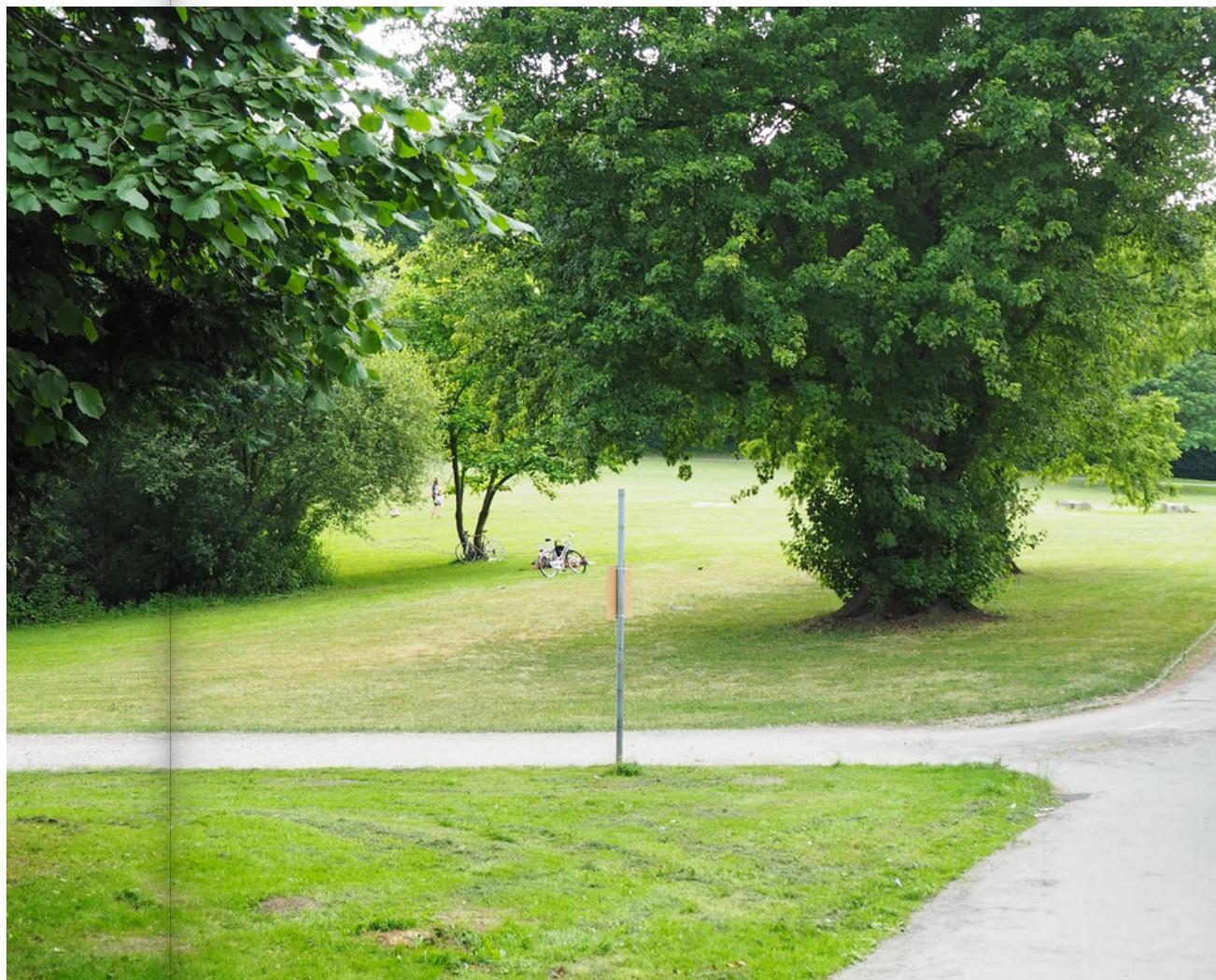


GROSSER ERFOLG

Digitales Baumkataster erleichtert Baumpflege

In einem Baumkataster wird der Zustand von Bäumen systematisch erfasst. Das erleichtert die regelmäßige Pflege von Bäumen erheblich. Das alte Baumkataster in Papierform war umständlich zu handhaben und ermöglichte keine differenzierten Auswertungen. Deshalb haben wir uns von Anfang an für ein digitales Baumkataster eingesetzt und die nötigen Haushaltsmittel bereitgestellt. Seit Ende 2016 liegt das digitale Kataster mit sämtlichen städtischen Straßenbäumen vor. Die Bäume in Grünanlagen und Parks müssen noch nach und nach eingepflegt werden.

Alle relevanten Daten zu den Bäumen – Standort, Art, Alter, Stammumfang, Zustand usw. – sind übersichtlich zusammengefasst. Der große Vorteil des digitalen Katasters ist, dass man die vorhandenen Daten nach verschiedenen Kriterien filtern kann. So kann man etwa Listen aller kranken Bäume in einer Straße oder aller Eschen in einem bestimmten Gebiet erstellen. Auch die Dokumentation der Baumkontrollen wird deutlich erleichtert. Die Baumkontrolleure können mit einem Tablet oder Smartphone direkt auf das Baumkataster zugreifen und an Ort und Stelle Eingaben machen. Durch die Verknüpfung des Katasters mit der Auftragsvergabe für Pflegemaßnahmen wird die Arbeit des Technischen Betriebs rationeller gestaltet.



Die Baumkontrolleure können mit einem Tablet oder Smartphone direkt auf das Baumkataster zugreifen und an Ort und Stelle Eingaben machen.



Katzenschutzverordnung mindert Tierleid

Seit einigen Jahren unterstützen wir die Forderung von Tierschutzvereinen, in Bochum eine Katzenschutzverordnung einzuführen, wie es sie schon in vielen Städten auch in NRW gibt. Lange war dafür keine politische Mehrheit zu bekommen, auch die Stadtverwaltung sträubte sich. Auf Antrag der rot-grünen Koalition hat die Verwaltung jetzt eine Katzenschutzverordnung für Bochum vorgelegt, die im Herbst beschlossen wird.

Tierschützer beklagen seit langem das Elend verwilderter Hauskatzen. Zahlreiche Freigängerkatzen verhindern, dass die Population kleiner wird. Durch die Katzenschutzverordnung, die eine Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht vorsieht, soll diesem Problem begegnet werden. Durch die Katzenschutzverordnung wird die Stadt nicht verpflichtet, aufwändige Kontrollen durchzuführen oder die Kosten für Kastrationen zu übernehmen. Durch eine solche Verordnung wird aber Rechtssicherheit für die Tierschutzvereine geschaffen, die streunende Katzen einfangen und kastrieren.



Blühende Ackerrandstreifen – Lebensraum für Bienen und andere Insekten

Mit unserem Antrag „Blühende Ackerrandstreifen“ haben wir eine kleine, aber wirksame Gegenmaßnahme gegen das Artensterben eingeleitet. Dass die Artenvielfalt unter unserer intensiven Landwirtschaft leidet, ist altbekannt. Seit 2015 müssen nun bei Verpachtungen städtischer landwirtschaftlicher Flächen blühende Ackerrandstreifen angelegt werden. Im vergangenen Jahr sind zwei Verträge geschlossen worden und weitere Verträge sind in Vorbereitung



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Bioabfall flächendeckend sammeln und verwerten

Bioabfall ist ein Wertstoff. Durch seine Verwertung wird die Emission von Treibhausgasen vermieden und so ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Für die hochwertige Verwertung (Vergärung mit anschließender Kompostierung) muss der Bioabfall aber getrennt gesammelt werden. Zwar gibt es in Bochum die Biotonne, aber nur auf freiwilliger Basis. Die geringe Anzahl von knapp 4.000 braunen Tonnen führt dazu, dass der größte Teil des Biowertstoffs nicht abgeschöpft wird. Die vom Land vorgegebenen Zielzahlen werden deutlich verfehlt, was letztlich eklatant gegen das Kreislaufwirtschaftsgesetz verstößt. Auch das neue Klimaschutzkonzept des Fraunhofer-Instituts stellt fest, dass in Bochum das Potenzial an Bioabfällen nur unzureichend genutzt wird. Die Biotonne muss deshalb verpflichtend (mit plausiblen Ausnahmen wie z.B. Eigenkompostierung) eingeführt werden. Am besten wäre es, zusätzlich mit einer eigenen Vergärungsanlage Energie zu gewinnen, vielleicht in Kooperation mit anderen Kommunen.

Energiesparen in städtischen Gebäuden

Die baulichen Sanierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre zeigen erste positive Wirkungen. Im Schnitt wurden dafür rund 6 Mio. Euro jährlich bereitgestellt. Viele städtische Gebäude (z.B. Schulen, Kitas) wurden wieder nutzbar, ihre Lebensdauer wurde verlängert.

Auch energetisch wurden die Gebäude generalüberholt. Die energetischen Sanierungen haben den Energieverbrauch der Gebäude erkennbar gesenkt. Der jährliche Energiebericht der Zentralen Dienste zeigt: In einzelnen Gebäuden wurde 2015 z.B. 10 bis 40 Prozent weniger verbraucht. Mit diesen Maßnahmen leistet die Stadt einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz.





GROSSER ERFOLG

Grünzüge geschützt

In der Diskussion um die Anmeldung von zusätzlichen Gewerbeflächen für den neuen Regionalplan haben wir den Schutz von Regionalen Grünzügen und von Landschaftsschutzgebieten weitestgehend durchgesetzt. Besonders schwierig ist für uns, dass der Regionalverband Ruhr (RVR) als Planungsbehörde mit sehr hohen Flächenbedarfen an die Stadt Bochum herangetreten ist. Um den steigenden Flächenbedarf für Wohnraum im Plan abzubilden, wurde der Planungshorizont von 2029 um 5 Jahre auf 2034 verlängert. Auf Seiten der Gewerbeflächen entstand damit ein Bedarf an zusätzlichen 82 Hektar Gewerbefläche (zum Vergleich: Opel I sind ungefähr 70 Hektar). Für uns ist dieser immense Flächenverbrauch so nicht nachvollziehbar.

Wir haben durchgesetzt, dass fast ausschließlich bereits vorgegenutzte Flächen (z.B. Güterbahnhof Langendreer) neu ausgewiesen werden – in Summe 44,9 Hektar. Zwar frisst der aktuelle Logistikboom eine Menge Fläche, aber in den nächsten 20 Jahren werden die flächenintensiven Industrien im Zuge der Digitalisierung und Dienstleistungsorientierung zunehmend an Bedeutung verlieren. Obendrein hat Bochum mit den ehemaligen Flächen von Opel und demnächst auch Outokumpu perspektivisch eine Menge Reserve für die Neuansiedlung von Unternehmen. Auch wenn es der mühsame und teure Weg ist: In dicht besiedelten Ruhrgebietsstädten wie Bochum muss alle Kraft darauf verwendet werden, alte Industrieflächen wieder nutzbar zu machen. Die letzten Freiräume müssen geschont werden und weiterhin als Naturräume, für Erholung und Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Um die Kosten für die Sanierung zu tragen, braucht das Ruhrgebiet die Solidarität von Land und Bund. Jahrzehntlang wurde hier der wirtschaftliche Reichtum des Landes erarbeitet - auf Kosten unserer Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft.





GROSSER ERFOLG

Soziale und nachhaltige Stadtentwicklung geht weiter

In Bochum gibt es keine No-Go-Areas, aber dennoch Stadtviertel, die mit besonderen sozialen und baulichen Problemen zu kämpfen haben. Politik und Verwaltung haben dafür gesorgt, dass im Rahmen von sogenannten Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten (ISEK) viele Millionen Fördergelder von Bund und Land z.B. in die Wattenscheider City, nach Laer und nach Werne-Langendreer-Alter Bahnhof fließen werden. Diese ISEK gehen mit einer intensiven Bürgerbeteiligung einher und schaffen neue Orte und Veranstaltungen des Zusammentreffens, der Mitgestaltung und Information für alle. Investitionen in Bausubstanz und Infrastruktur bringen eine sichtbare und spürbare Verbesserung für die Menschen vor Ort. In Stadtumbaugebieten, in denen der geförderte Umbau bereits abgeschlossen ist, beispielsweise der Hustadt, müssen die Aktivitäten fortgesetzt und verstetigt werden.



Investitionen in Bausubstanz und Infrastruktur bringen eine sichtbare und spürbare Verbesserung für die Menschen vor Ort.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Unabhängige Sanierungsberatung

Wir werden weiter daran arbeiten, dass die Stadtverwaltung ihre unabhängige Sanierungsberatung auf- und ausbaut. Dann werden Haus- und Wohnungseigentümer gut über Fördermöglichkeiten und Sanierungsnotwendigkeiten jenseits der finanziellen Eigeninteressen der Fachunternehmen beraten. Ziel ist es, Bauherrinnen und -herren dahingehend zu beraten, dass sie ihre privaten Gebäude ökologisch und ökonomisch nachhaltig, energetisch und baubiologisch bestmöglich sanieren können.



KLEINERE ERFOLGE

Keine beschleunigten Bebauungsplanverfahren mehr auf Kosten der Umwelt

Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch, sogenannte beschleunigte Bebauungsplanverfahren, bei denen auf eine ordentliche Umweltprüfung und eine umfassende frühzeitige Bürgerbeteiligung verzichtet wird, haben wir stets kritisch gesehen und abgelehnt. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass diese vermeintlich schnelleren Verfahren länger dauern, weil Klagen dagegen erfolgreich durchgeföhrt werden.

Immer wenn abwägungsrelevante Umweltauswirkungen zu erwarten sind, darf das beschleunigte Verfahren nicht angewendet werden. In Bochum werden nun einige der beschleunigten Verfahren wieder auf Normalverfahren umgestellt. Dadurch werden die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gestärkt und Umweltbelange ernst genommen. Es zeigt sich: Eine solide Erhebung der Umweltauswirkungen, die in Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen mündet, ist nicht nur ökologisch sinnvoller, sondern kann letztendlich auch schneller vorantreiben.

Insgesamt zeitigt auch unser beharrlicher Einsatz für die Berücksichtigung des Klimaanpassungskonzeptes und der Baumschutzsatzung im Rahmen der Bebauungsplanverfahren Erfolge, so dass diese Themen angemessener berücksichtigt werden. Für uns sind es kleine Erfolge, wenn Bäume erst dann gefällt werden, wenn für eine Baumaßnahme Baurecht besteht und ein Baubeginn abzusehen ist. Denn viel zu oft wurden in der Vergangenheit Bäume früh gefällt, damit Bauherren sich alle Optionen offen halten konnten.



KLEINERER ERFOLG

Baukultur und Qualitätskriterien bei Verkauf und Bebauung städtischer Grundstücke

Der Gestaltungsbeirat trägt dazu bei, Politik und Bauherren für eine ansprechende Gestaltung zu sensibilisieren. Beispiele für die erfolgreiche Arbeit des Gremiums sind der zweite Bauabschnitt des Einkaufszentrums Große Voede an der Castroper Straße und die Bebauung an St. Pius in Wattenscheid, die sich dank der Beratung seit den ersten Entwürfen stark verbessert haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die personelle Betreuung vonseiten der Stadt kontinuierlich gewährleistet ist, um so einen wichtigen Beitrag zur Bochumer Baukultur zu leisten.

Wir haben erreicht, dass die städtischen Grundstücke mittlerweile nicht mehr um jeden Preis an den Meistbietenden veräußert werden. Zunehmend werden für den Verkauf von größeren oder besonderen Schlüsselgrundstücken Bestgebotsverfahren durchgeführt. Nicht der Preis allein entscheidet, sondern ein überzeugendes (städtebauliches) Konzept. So werden mittlerweile neben sozialen auch ökologische Kriterien in den Bestgebotsverfahren eingefordert, etwa Dachbegrünungen, klimatisch sinnvolle Gebäudeausrichtungen oder Erhaltung von Bestandsbäumen. Beispiele sind das ehemalige Schulgrundstück an der Brantropstraße, das Stadtarchiv-Grundstück an der Kronenstraße oder das erste „Ostpark“-Grundstück an der Immanuel-Kant-Straße.

» Nicht der Preis allein entscheidet, sondern ein überzeugendes (städtebauliches) Konzept.«



KLEINERER ERFOLG

Frischluft bei neuer Siedlung am Ostpark gesichert

Wir haben beim Großprojekt Ostpark durchgesetzt, dass in Bochum erstmals von einem planungsrechtlichen Instrument Gebrauch gemacht werden wird: der Festsetzung einer Frischluftschneise als „Fläche, die von Bebauung freizuhalten ist“. Denn nur so lässt sich erreichen, dass auch die im Außenbereich möglichen Bauvorhaben, wie z.B. für Landwirtschaft, Gartenbau, Tierhaltung etc. hier nicht genehmigt werden dürfen.

Und es ist gelungen, deutlich mehr Wohneinheiten für alle Bedarfe bei vergleichsweise geringer zusätzlicher Versiegelung einzuplanen. Man ist unserem Vorschlag gefolgt mehr Geschosswohnungsbau, u.a. auch Gebäude für Wohnprojekte einzuplanen. Die Quote von 30 Prozent für sozialen Wohnungsbau wird konsequent eingehalten. Außerdem wird es zwei zusätzliche öffentliche grüne Plätze geben, die Spiel und Erholung mit Ausblick auf das Tal ermöglichen.



KLEINERER ERFOLG

Weniger baurechtliche Ausnahmen zu Lasten der Natur

Uns war es ein wichtiges Anliegen, dass Befreiungen und Abweichungen im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren transparent gemacht werden und im Ausschuss für Planung und Grundstücke vorgestellt werden. Dabei handelt es sich zum einen um Vorhaben, die nicht mit den Festsetzungen des geltenden Bebauungsplans einhergehen, zum anderen um Bauvorhaben im sogenannten Außenbereich, also außerhalb der Siedlungsbereiche. Diese unterliegen strengen gesetzlichen Regelungen. Dies kommt Natur und Freiraum zugute. Unsere größten Erfolge sind also tatsächlich unsichtbar – weil eben nicht gebaut wurde, wo nicht gebaut werden sollte.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Bürgerfreundliche Umgestaltung des Rathausbereichs

Die anstehenden räumlichen Veränderungen im Bereich Rathaus, BVZ und Telekomblock verändern die Stadt und ihre Funktionen für viele Jahrzehnte. Deshalb ist es wichtig, hier weitgehend frei von ökonomischen Erwägungen und Eigentumsstrukturen ein integriertes Konzept zu entwerfen das den Bedarfen und Bedürfnissen gerecht wird und ein nachhaltig nutzbares und attraktives Quartier entstehen lässt. Kurze Wege zwischen den Bürgereinrichtungen (Bürgerbüro, VHS, Stadtbücherei), lebendige öffentliche Räume mit unterschiedlichen Aufenthaltsqualitäten, attraktives Einkaufen in der gesamten City, sowohl günstiges als auch qualitätsvolles Wohnen im Zentrum, Vorrang für Fuß, Rad und ÖPNV seien hier als Stichworte genannt. Das BVZ ist trotz seines geringen Alters schon extrem sanierungsbedürftig, und die in den 70er Jahren gefeierte Architektur erscheint uns heute unübersichtlich und wenig einladend. Ob es abgerissen oder saniert werden soll, muss auch anhand der noch ausstehenden Wirtschaftlichkeitsberechnung entschieden werden. Gleichzeitig steht der Telekomblock leer und die Umsetzung des geplanten neuen Stadtquartiers Viktoriastraße auf dem Justizareal am Husemannplatz steht immer noch aus. Diese Situation bietet allerdings – sofern es alle Beteiligten wollen – auch die Chance, etwas freier nachzudenken, wie man die jeweiligen Nutzungen auf den unterschiedlichen Flächen anordnet und welche Flächen und Überlegungen noch mit einzubeziehen sind.

»Gemischte Quartiere statt monostrukturierter Einfamilienhausgebiete«

Der Rathausbereich mit Stadtbücherei, Volkshochschule, Musikschule und Gesundheitsamt muss bürgerfreundlich umgestaltet werden.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Bebauungspläne für integrierte Quartiere

Es ist erfreulich, dass die Bevölkerung in Bochum wieder wächst. Doch es fehlt Wohnraum in allen Preissegmenten. Hierauf müssen wir mit neuen Wohngebieten und sinnvollen Ergänzungen reagieren. Uns ist es ein Anliegen stets integriert an Planungen heran zu gehen. Nicht monostrukturierete Einfamilienhausgebiete können dauerhaft die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Bochum befriedigen. Es fehlt gerade an gemischten Quartieren, die passgenau die fehlenden Segmente im Stadtteil ergänzen, auch Einrichtungen des täglichen Bedarfs oder der Daseinsvorsorge wie z.B. Einkaufsmöglichkeiten oder Kindergärten. Bei allen Planungen ist für uns ein integriertes Mobilitätskonzept unabdingbar. Erreichbarkeit heißt für uns nicht nur Straße, PKW- Stellplatz und Garage, sondern auch Haltestelle, Radstation, Ladestation, Erreichbarkeit für „Roller und Rollator“.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Gemeinschaftliche Bauprojekte

Wir wollen mehr gemeinschaftliche Wohnprojekte in Bochum ermöglichen. Deutlich besser als konventionelle Wohnformen können diese Wohngruppenprojekte auf den demographischen Wandel, die Erfordernisse von Integration und andere gesellschaftliche Veränderungen reagieren. Die ökologischen und finanziellen Vorteile liegen auf der Hand: Es wird weniger Fläche verbraucht und Energie kann effizienter eingesetzt werden. Wir machen uns daher für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Bauprojekte, Mehr-Generationen-Häuser und alternativer Wohnformen stark, wo immer sich eine Fläche dafür anbietet. Bereits seit vielen Jahren ist das Buntstift eine feste Größe in Langendreer. Das Projekt der Glockenhof Bochum eG an der Liebfrauenstraße in Altenbochum, ist ein weiteres gelungenes Projekt, das aktuell sichtbare Formen annimmt.



GROSSER ERFOLG

Stärkung der Gesamtschule

Das gemeinsame Lernen von unterschiedlich leistungsstarken Kindern ist sinnvoller und gerechter als die althergebrachte schulische Selektion. Das sehen auch viele Eltern so, wie die hohe Nachfrage nach Schulen des gemeinsamen Lernens zeigt. In den letzten Jahren haben allerdings jeweils 100 bis 150 Kinder keinen Platz an einer Bochumer Gesamtschule bekommen. Wir haben deshalb beschlossen, die Gemeinschaftsschule Mitte mit dem Schuljahr 2018/19 zu einer Gesamtschule umzuwandeln. Das wird den Überhang zum Teil abbauen. Allerdings werden im Stadtbezirk Wattenscheid noch weitere Gesamtschulplätze benötigt. Deshalb haben wir die Verwaltung beauftragt, dort einen geeigneten Standort für eine weitere Gesamtschule zu suchen.

»Wir haben beschlossen,
die Gemeinschaftsschule
Mitte mit dem Schuljahr
2018/19 in eine Gesamt-
schule umzuwandeln.«



KLEINERER ERFOLG

Mehr Geld für Digitalisierung

Das Landesprogramm Gute Schule 2020 bringt uns bis 2020 insgesamt 49 Mio. € zusätzlich, die in Bochum für die Unterhaltung und Ausstattung von Schulen investiert werden können. Ein hoher Betrag, wenn man bedenkt, dass wir pro Jahr insgesamt nur etwa 100 Mio € Investitionsmittel für alle Bereiche zur Verfügung haben. Wir haben dabei für die Digitalisierung von Schulen 7 Mio. Euro reserviert.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Schulplätze für alle Bedarfe – Gemeinsames Lernen weiter stärken

Wir müssen dafür sorgen, dass es in allen Stadtvierteln genügend Schulplätze gibt. Während das Land NRW Lehrkräfte und Lehrpläne bereitstellt, hat die Stadt für die Schulgebäude und ihre Ausstattung zu sorgen. Dazu erfolgt im Abstand von einigen Jahren die Schulentwicklungsplanung. In den letzten Jahren stand sie ganz im Zeichen des Bevölkerungsrückgangs. 2012 wurde zuletzt beschlossen, mehrere Grundschulen zu schließen. Aus heutiger Sicht ein Fehler, denn es zeigt sich, dass die Entwicklung in eine andere Richtung geht: Die aktuellen Prognosen gehen von einem leichten Anstieg der Schülerzahlen aus, nicht zuletzt wegen der starken Zuwanderung. Bei den Grundschulen müssen wir vor allem die Schulen in benachteiligten Stadtvierteln so ausstatten, dass sie ihre Aufgabe unter den erschwerten Bedingungen erfüllen können. Besonders anstrengen müssen wir uns an den weiterführenden Schulen, um wirklich alle Seiteneinsteigerkinder unterzubringen.

Den Weg zu einer weiteren Gesamtschule in Wattenscheid müssen wir aufmerksam begleiten. In diesem Zusammenhang müssen wir auch eine pädagogisch und organisatorisch sinnvolle Perspektive für die letzten beiden Bochumer Hauptschulen entwickeln, im engen Austausch mit den sehr engagierten Schulgemeinden. Die Entwicklung hin zu einer pädagogisch profilierten Sekundar- oder Gesamtschule erscheint uns aussichtsreich.

**» Wir müssen dafür sorgen,
dass es in allen Stadtvierteln
genügend Schulplätze gibt.«**



Haushaltskonsolidierung ohne Einschnitte im Sozialbereich

Bochum steht im finanziellen Vergleich der Ruhrgebietsstädte im Mittelfeld. Wir mussten nicht am sogenannten Stärkungspakt Stadtfinanzen teilnehmen und haben mit unserem Haushaltssicherungskonzept eine realistische Chance, 2022 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Die zwischen 2010 und 2016 getätigten Einsparungen summieren sich auf 570 Mio. Euro, bei einem Jahresetat von rund 1,2 Milliarden Euro. Den Verzehr des städtischen Eigenkapitals haben wir gedrosselt und der damit drohenden Überschuldung entgegengesteuert. Gleichzeitig hatte Bochum wie alle anderen Städte die durch die Zuwanderung bedingten Kraftanstrengungen zu meistern, ohne dass die Mehraufwendungen von Land und Bund voll kompensiert worden wären. Wir werden dafür in den nächsten 5 Jahren voraussichtlich zwischen 25-40 Mio € jährlich selbst aufbringen müssen. Wir haben die Haushaltslage verbessert, ohne freiwillige soziale Leistungen der Stadt zu kürzen. Für die Flüchtlingshilfe haben wir dagegen zusätzlich Geld ausgegeben.



»Wir haben die Haushaltslage verbessert, ohne freiwillige soziale Leistungen der Stadt zu kürzen.«



KLEINERER ERFOLG

Steuerung und Controlling städtischer Bauprojekte

Wir haben dafür gesorgt, dass Steuerung und Controlling städtischer Bauprojekte ab einem Volumen von 5 Mio. Euro von externen Fachleuten vorgenommen werden. Außerdem muss jetzt für alle Bauprojekte ab 2 Mio. Euro regelmäßig Bericht erstattet werden. Das externe Controlling hat zwar nicht verhindern können, dass das Musikzentrum teurer wurde. Das lag jedoch an dem wegen der Förderung sehr engen Zeitplan. Zieht man von den aktuell rund 13 Prozent Kostenüberschreitung die allgemeine Baukostensteigerung seit 2012 von 6 Prozent ab, ergibt sich eine im Vergleich mit anderen öffentlichen Großprojekten überschaubare Verteuerung von 7 Prozent. Ohne ein externes Controlling wäre diese höher ausgefallen.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Haushaltskonsolidierung ohne Kaputtsparen

Bochum muss der Kommunalaufsicht im Jahr 2022 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Ohne Haushaltsgenehmigung wären unsere Möglichkeiten, in öffentliche Gebäude und Infrastruktur zu investieren, drastisch eingeschränkt und die ohnehin schon geringen Spielräume bei freiwilligen Leistungen wären völlig dahin. Diese strikte Vorgabe zwingt uns zu weiteren Einsparungen, wenn der Bund oder das Land die Städte nicht besser ausstattet. Im mittlerweile achten Jahr der Haushaltssicherung sind viele Sparpotenziale ausgeschöpft. Unter Umständen kommen wir um eine Erhöhung der Grundsteuer B nicht herum.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Riskante und ökologisch schädliche Beteiligungen verkaufen

Riskante Beteiligungen müssen abgestoßen werden, wenn dies ohne größeren Schaden möglich ist. Immerhin haben sich die Stadtwerke bereits von zwei Dritteln der RWE-Aktien getrennt. Wir fordern, auch den Rest zügig zu verkaufen.

Beim viertgrößten deutschen Energieversorger STEAG, den Bochum gemeinsam mit einigen anderen Städten erworben hat, ging die Entwicklung leider in eine ganz andere Richtung als es SPD, Grüne und Linke im Land beim Kaufbeschluss 2010 erwartet hatten. Ziel war es, sich als Kommunen vor Ort selbst mit Energie zu versorgen und einen Beitrag zur Energiewende zu leisten, indem die erneuerbaren Energien ausgebaut und die alten Kohlekraftwerke durch die für die Wende nötigen Gas- und Dampfkraftwerke ersetzt werden. Die STEAG kann allerdings auf Grund ihrer Struktur in der Krise nicht nur Investitionen tätigen, die wir politisch unterstützen können. Gerade Investitionen in fossile Energiegewinnung – insbesondere im Ausland – können wir nicht zustimmen. Eine auf Bundesebene inkonsequent gesteuerte Energiepolitik hat dazu geführt, dass heute im Inland nur noch mit den Dreckschleudern Geld verdient werden kann. Für diese müssen die Rohstoffe aus Übersee herbeigeschafft werden, mit zerstörerischen Wirkungen für Mensch und Natur.

Gleichzeitig baut die STEAG Windkraftanlagen in der Türkei und in Ostasien. Daran ist nichts auszusetzen. Allerdings sehen wir nicht, dass dies die Aufgabe eines Unternehmens in kommunalem Besitz ist. Obendrein hat die lokale Politik so gut wie keinen Einfluss auf die Entscheidungen des Unternehmens, das in einem riskanten globalen Markt agiert. Gegen einen Verkauf sprechen jedoch zwei sehr ernst zu nehmende Gründe: zum einen wäre es ein riesiges Verlustgeschäft, weil sich aktuell kein Käufer findet, der auch nur annähernd den damaligen Einkaufspreis bezahlen würde. Das würde die Haushalte der Eigentümerstädte massiv belasten. Zum anderen wäre das Verkaufssignal selbst für das Unternehmen sehr gefährlich. Für die 6000 Beschäftigten tragen wir jedoch eine unmittelbare Verantwortung. Als Grüne stecken wir also in einem Dilemma. Wir hatten andere Vorstellungen, aber wir ziehen mit dieser neuen Positionierung die Konsequenz: Sollte sich eine Möglichkeit bieten, dies sozial verträglich und mit überschaubaren finanziellen Auswirkungen zu realisieren, sollte Bochum seine STEAG-Anteile sofort verkaufen.



GROSSER ERFOLG

Seniorenbüros in sechs Stadtbezirken eingerichtet

Unsere Gesellschaft altert, es gibt immer mehr Seniorinnen und Senioren. Weil dadurch mehr Hilfe und Beratung nötig wird, haben wir die Seniorenarbeit in unserer Stadt neu konzipiert und Seniorenbüros in den sechs Stadtbezirken eingerichtet. Gemeinsam mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege werden die Angebote der Seniorenarbeit jetzt quartiersbezogen – und damit bürgernah – gebündelt und weiterentwickelt, Netzwerke aufgebaut und Einzelfall-Hilfen geleistet. Um dem wachsenden Beratungsbedarf in den Bezirken Nord und Süd Rechnung zu tragen, haben wir es in den Haushaltsberatungen für 2017 erreichen können, dort jeweils eine zusätzliche halbe Stelle für die Trägerorganisationen bereitzustellen.

»Wir haben die Seniorenarbeit in unserer Stadt neu konzipiert und Seniorenbüros in den sechs Stadtbezirken eingerichtet.«



Zuschüsse an Verbände für Gesundheit und Soziales erhöht

Trotz der sehr engen finanziellen Spielräume in der Haushaltssicherung ist es uns gelungen, die Zuschüsse an Verbände und Träger im Sozial- und Gesundheitsbereich zu sichern und Kürzungen zu vermeiden. Mit weiteren Einrichtungen wurden Verträge abgeschlossen, die ihnen höhere Planungssicherheit gewährleisten.

Bei anderen Trägern konnten wir die freiwilligen Zuschüsse erhöhen, etwa damit diese die Tariferhöhungen bezahlen können. Außerdem haben wir die AIDS-Hilfe Bochum e.V. bei ihrem Einzug in das neu gegründete Zentrum für sexuelle Gesundheit (WIR) unterstützt und zwei neue Stellen für die psychotherapeutische Behandlung und psychosoziale Betreuung der vielen neu angekommenen Menschen bei der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum e.V. finanziert.



Feste Quoten eingeführt: Auf städtischen Flächen, auf denen neues Baurecht geschaffen wird, müssen 30 Prozent Sozialwohnungen gebaut werden, auf privaten Flächen 20 Prozent.



Mehr erschwinglichen Wohnraum

Wir müssen uns für eine stärkere Förderung des Wohnungsbaus in unserer Stadt einsetzen. In den letzten Jahren hat sich besonders der Wohnungsbestand im Sozialen Wohnungsbau verringert – hier müssen wir gegensteuern. In einem ersten Schritt haben wir dazu feste Quoten für sozialen Wohnungsbau eingeführt. Auf städtischen Flächen, auf denen neues Baurecht geschaffen wird, müssen 30 Prozent Sozialwohnungen gebaut werden, auf privaten Flächen 20 Prozent. Weitere Schritte müssen folgen:

Verfahren modularen Bauens (Herstellung eines Baus aus vorgefertigten Teilen) könnten zur Beschleunigung des Wohnungsbaus genutzt werden. Der Leerstand an Wohnungen soll auf ein Minimum gesenkt werden. Auf die Eigentümer solcher Immobilien soll eingewirkt werden, alle Fördermöglichkeiten für die Sanierung von Wohnbauten zu nutzen, damit diese wieder vermietet werden können. Aktuell beschäftigt sich der Rat mit einer Zweckentfremdungssatzung. Die Stadt selbst sollte eine stärkere Rolle als Akteurin am Wohnungsmarkt einnehmen, z.B. durch die Übernahme zusätzlicher Anteile an der VBW oder durch Gründung einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft.

Menschen ohne Papiere medizinisch versorgen

Unter uns leben Menschen, die kein Aufenthaltsrecht besitzen oder aus anderen Gründen keinen ausreichenden Krankenversicherungsschutz haben. Auch diese Menschen können krank werden und damit ihre eigene Gesundheit und die anderer in Gefahr bringen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass für diese Menschen eine leicht zugängliche Anlaufstelle für dringende medizinische Behandlungen geschaffen wird.



GROSSER ERFOLG

Gesundheitskarte eingeführt

Ein wichtiges Anliegen war es uns, für die vielen nach Bochum geflüchteten Menschen eine schnelle, unbürokratische und umfassende medizinische Versorgung sicherzustellen. Die bisher umständliche Ausstellung von Behandlungsscheinen durch das Sozialamt in den ersten 15 Monaten des Aufenthalts sollte entfallen. Nachdem das Land NRW 2015 auf Betreiben der rot-grünen Landesregierung eine Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen abgeschlossen hatte, war Bochum eine der ersten Kommunen, in der – auf unseren Antrag – der Rat die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte zum 1.1.2016 beschlossen hat. Kooperationspartner ist dabei die vor Ort ansässige Bundesknappschaft. Mit der elektronischen Gesundheitskarte kann jede/r Geflüchtete – so wie jedes Mitglied einer Krankenkasse auch – sofort eine notwendige medizinische Behandlung in Anspruch nehmen.



KLEINERER ERFOLG

Koordinationsstelle Ehrenamt im Flüchtlingsbereich eingeführt

Die Ankunft von so vielen Flüchtlingen in unsere Stadt hat 2015/2016 eine spontane Welle von Hilfsbereitschaft und ehrenamtlichem Engagement ausgelöst. Bürgerinnen und Bürger machten Angebote, Kleidung und Mobiliar zu spenden, Sprachunterricht zu geben, Wohnungen oder Arbeit anzubieten, ohne dass in der Stadtverwaltung dafür eine Anlaufstelle vorhanden war. Um die Bereitschaft vieler ehrenamtlich engagierter Menschen zu unterstützen und diese nicht ins Leere laufen zu lassen, haben wir die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für das Engagement im Flüchtlingsbereich eingefordert. Zwei Kolleginnen sind nur für diese Aufgaben im Sozialamt neu eingestellt und tätig geworden. Gleichzeitig haben wir auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt, die die untergebrachten Menschen betreuen.



Flüchtlingsunterkunft
am Nordbad



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Alle Flüchtlinge in Wohnungen unterbringen

»Wir wollen, dass alle neu Zugezogenen in normalen Wohnungen leben können.«

Alle belegten Turnhallen und Leichtbauhallen konnten freigezogen und einige Standorte von Wohncontainersiedlungen aufgegeben werden. Langfristig wollen wir aber erreichen, dass alle Menschen, die zu uns gekommen sind und das Recht auf eine dauerhafte Bleibe bekommen, in normalen Wohnungen ihr Zuhause in Bochum finden können. Dies ist keine leichte Aufgabe. Denn auch ohne den Zuzug ist die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum bzw. nach Sozialwohnungen in unserer Stadt gestiegen. Die Stadt muss daher ihre Bemühungen, den Neubau von Wohnungen und die Sanierung von Bestandswohnungen anzuregen und zu fördern, erheblich verstärken. Wir wollen aber auch einen Teil der aufgebauten Kapazitäten für Geflüchtete behalten. Die Welt wird voraussichtlich nicht friedlicher.



GROSSER ERFOLG

Ausbau der Deutschkurse an der VHS

Die Volkshochschule der Stadt Bochum ist der größte Anbieter von Deutsch- und Integrationskursen in Bochum. Als gemeinwohlorientierter Träger bietet die VHS sehr hohe Unterrichts- und Beratungsqualität. Die ohnehin seit Jahren hohe Nachfrage ist durch die aktuelle Zuwanderung nochmals gestiegen. Um dieser nachzukommen, wurde das Angebot fast verdoppelt.



KLEINERER ERFOLG

Stärkung der Migrantenselbstorganisationen

30

TSD. €



Die Zuschüsse für Migrantenselbstorganisationen haben wir verdoppelt. Diese vielen größtenteils ehrenamtlich arbeitenden Organisationen leisten einen kaum zu überschätzenden Beitrag zur Integration von Flüchtlingen. Sie sprechen die Sprache der Menschen und kennen deren Anliegen sehr gut. Für Projekte und laufende Ausgaben stehen nun insgesamt 30.000 Euro pro Jahr zur Verfügung.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Ausländerrechtliche Beratungskommission

Wir brauchen auch in Bochum eine Ausländerrechtliche Beratungskommission. Deutschland hat zwar ein Asylrecht, aber leider kein Einwanderungsgesetz. Immer wieder werden Menschen, die bereits gut integriert sind, abgeschoben. Über Aufenthalt oder Abschiebung wird im Wesentlichen aufgrund von gesetzlichen Regelungen des Landes bzw. des Bundes entschieden. Um die geringen Spielräume auf kommunaler Ebene im Sinne eines humanitären Umgangs zu nutzen, muss es eine vertrauensvolle Kommunikationsebene zwischen Ausländerbüro, Helfenden und Politik geben. Andere Städte in NRW haben solche Gremien bereits eingerichtet.

Interkulturelle Öffnung

Wir wollen, dass sich die Stadtverwaltung noch mehr darauf einstellt, dass Bochum eine Stadt ist, in der Menschen aus vielen verschiedenen Kulturen zusammen leben. Die Musikschule und das Schauspielhaus haben in dieser Hinsicht schon Vorbildliches geleistet. Sie beziehen zugewanderte Menschen bei der Angebotsplanung und bei der Durchführung von Veranstaltungen ein. Das Kulturbüro berät Migrantenorganisationen.

» Bochum ist eine Stadt, in der Menschen aus vielen verschiedenen Kulturen zusammen leben. «



ASD und Schul-/Kitasozialarbeit auf Prävention ausgerichtet

Die Hilfen zur Erziehung und die Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) im Jugendamt wurden in den vergangenen Jahren schrittweise umstrukturiert und die Arbeit jetzt gezielt und vorrangig auf Prävention und die entsprechenden Hilfsangebote ausgerichtet. Präventive Arbeit findet vor Ort statt, also in den Schulen, in den Kindertageseinrichtungen, in den Stadtteilen. Ziel ist es, Probleme in den Familien frühzeitig zu erkennen und nicht erst anzusetzen, wenn es zu spät ist. So sind bis heute 6 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Kindertageseinrichtungen und 40 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in insgesamt über 60 Schulen tätig. Sie helfen den Kindern in ihrer jeweiligen Lern- und Lebenssituation weiter.

Die Zahl der Stellen in der Kita-Sozialarbeit soll bis auf 12 erhöht werden. Bisher konnte die Stadt die Personalkosten der Schulsozialarbeit über das Bildungs- und Teilhabepaket finanzieren. Langfristig gesehen erwarten wir aber vom Land NRW, die Finanzierung der Schulsozialarbeit dauerhaft auf sichere Füße zu stellen. Aktuell zeigen sich an den Haushaltsergebnissen erste finanzielle Auswirkungen der präventiven Arbeit. Der enorme Anstieg der Kosten der Hilfen zur Erziehung (HzE) in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten konnte erfolgreich gestoppt werden.

»Präventive Arbeit findet vor Ort statt, also in den Schulen, in den Kindertageseinrichtungen, in den Stadtteilen.«



Erste Schritte in Richtung Familien-gerechte Kommune

Wir haben 2014 den Abschluss einer Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikats „Familiengerechte Kommune“ unterstützt und im Rat beschlossen. Mit dieser Zielvereinbarung verpflichtet sich die Stadt Bochum zu konkreten Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern (wie Familie und Arbeitswelt, Betreuung, Bildung und Erziehung, Lebensqualität und Wohnumfeld, Senioren und Generationen). Einige konkrete Forderungen der Zielvereinbarung befinden sich bereits auf einem guten Weg, etwa in der Kita- und Schulsozialarbeit und beim Jugendförderplan 2015 – 2020.



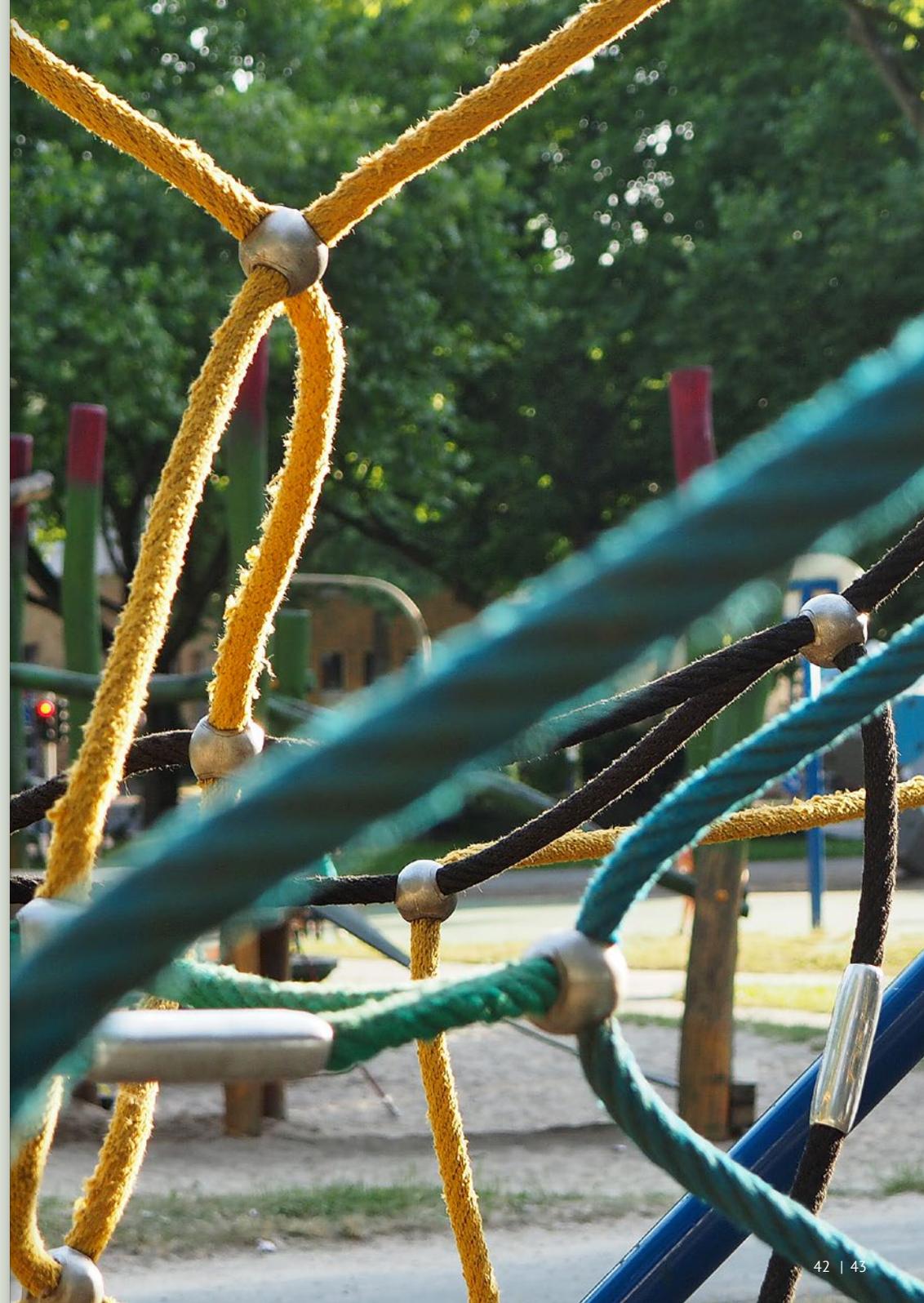
DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Kitaplätze ausbauen

Wir müssen uns den gewandelten demografischen Bedingungen, aber auch der Zuwanderung stellen und die Betreuungsplätze im Bereich der Kindertageseinrichtungen gemeinsam mit den in Bochum tätigen Trägern ausbauen. Um dem gesetzlichen Anspruch der Über-3-Jährigen zu entsprechen und unser eigenes Ziel einer Versorgungsquote von 40 Prozent bei den Unter-3-Jährigen zu erreichen, müssen wir in den kommenden Jahren Einrichtungen verstärkt neu- und umbauen. Nach aktuellem Stand fehlen rund 600 Plätze, die in den kommenden Jahren zu schaffen sind. Derzeit sind an rund 40 Standorten Um- und Neubauten geplant oder bereits in Arbeit. Die entsprechenden – nicht unerheblichen – Finanzmittel sowohl für die Betriebskosten als auch für die Bauten in städtischem Besitz müssen dafür im städtischen Haushalt bereitgestellt werden.

Familienfreundlichkeit verbessern

Es gibt noch viel zu tun, damit unsere Stadt die Auszeichnung „familienfreundlich“ zu Recht trägt. Dazu gehören z.B. ausreichende – und wohn- oder arbeitsplatznahe – Angebote der Kinderbetreuung sowohl im vorschulischen als auch schulischen Bereich mit den entsprechenden Betreuungszeiten, die auch den Bedürfnissen berufstätiger Eltern gerecht werden. Insbesondere auf den Ausbau, die Qualitätssicherung und Verbesserung der Angebote der OGS (Offene Ganztagschule) werden wir unser Augenmerk richten müssen. Weitere konkrete Maßnahmen sind schon in Angriff genommen worden oder befinden sich in der Planung, wie z.B. das einheitliche Anmeldeverfahren für die Kindertageseinrichtungen oder die Einrichtung eines Familienbüros.





Wir haben einige wenig genutzte Plätze geschlossen und dafür an anderer Stelle Plätze erneuert.



GROSSER ERFOLG

Investitionsprogramm für Sportplätze

Sportvereine sind sehr wichtig für den Zusammenhalt und die Lebensqualität in den Stadtvierteln. Sie machen sich um die Erziehung von Kindern und Jugendlichen verdient und leisten einen großen Beitrag, damit neu angekommene Menschen hier Fuß fassen.

Wir haben ein Investitionsprogramm für Fußballplätze von 7 Mio. Euro aufgelegt. Damit ist es möglich, 10 Jahre lang in jedem Jahr z.B. zusätzlich einen neuen Kunstrasenplatz zu bauen. Wir haben darauf geachtet, dass vor allem Vereine mit engagierter Jugendarbeit bessere Sportanlagen bekommen. Gleichzeitig blieb die Förderung für andere Sportstätten (etwa Tennisplätze) im bisherigen Umfang erhalten.



7 MIO.
EURO



KLEINERER ERFOLG

Mehr Möglichkeiten für nicht vereinsgebundenen Sport

Immer mehr treiben Menschen Sport außerhalb von Vereinen. Deshalb fördern wir zunehmend Angebote wie den Urban Trail (ein Stadtlauf mit kulturellen Elementen) oder Fit im Park (ein offenes Bewegungsangebot in öffentlichen Grünflächen). In die gleiche Richtung geht die Umwandlung des zuletzt wenig genutzten Aschenplatzes Am Hausacker in Bochum-Riemke in eine Spiel-, Sport- und Erholungsfläche für alle Generationen.

»Wir fördern zunehmend Angebote wie den Urban Trail oder Fit im Park.«



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Bäder sanieren

Wir brauchen ein wirtschaftlich vertretbares und bedarfsgerechtes Bäderkonzept. Bochum hat vergleichsweise viele Bäder. Die Wasserflächen sind allerdings weniger gut ausgenutzt als anderswo. Aus dem Bädergutachten ist bekannt, dass die Schließung zweier sanierungsbedürftiger Bäder und die Errichtung eines neuen Funktionsbades nicht nur wirtschaftlich vorteilhaft wäre. Die Bäder könnten sich besser profilieren und dadurch wieder mehr Besucher anziehen. Das Angebot für Freizeit-, Vereins- und Schulschwimmen wäre bei besserer Planung der Nutzungszeiten immer noch auskömmlich.

Bäderstandorte rein rational zu planen erscheint aber gegenwärtig politisch nicht durchsetzbar, da es großen und auch verständlichen Widerstand gegen Bäderschließungen gibt, solange kein schlüssiges Gesamtkonzept mit konkreten Vorteilen vorliegt. Wir streben weiterhin eine Optimierung an, lehnen aber eine Vorfestlegung auf bestimmte Bäder ab. Hier gibt es einen Dissens zur BV Wattenscheid und zu den Wattenscheider Ratsmitgliedern. Die neu gegründete Bäder GmbH wird finanziell in jedem Fall schneller in der Lage sein, die noch aus den 60er und 70er Jahre stammenden Bäder energetisch und funktionell zu sanieren.



GROSSER ERFOLG

Finanzielle Planungssicherheit für Freie Kultur

Die Akteure der Freien Kultur fordern seit langem finanzielle Planungssicherheit. Viele von ihnen sind darauf angewiesen, weil sie vertragliche Bindungen für Raumanmietung und Personaleinstellung eingehen müssen. Durch nachhaltigen politischen Druck konnte schließlich erreicht werden, dass die Träger der Freien Kultur zweijährige Bewilligungsbescheide bekommen. Außerdem wurden einige Initiativen aus der Projektförderung in die verlässlichere institutionelle Förderung übernommen. Nach dem vorzeitigen Abgang von Anselm Weber kam die Suche nach einem neuen Intendanten für das Schauspielhaus lange nicht voran. Durch die Initiative der politischen Vertreter im Verwaltungsrat des Schauspielhauses konnte die festgefahrene Suche wieder Fahrt aufnehmen. Mit Johan Simons wurde dann ein welt-offener neuer Intendant gefunden, der für die Überwindung von nationalen und Spartengrenzen steht.



KLEINERER ERFOLG

Musikforum steht allen offen

Durch die politisch beschlossene Nutzungsordnung ist das Musikforum ein Ort für die vielen kulturellen Akteure der Stadt geworden und eben nicht der von manchen befürchtete „elitäre Musentempel“. Neben den Symphonikern steht es der Musikschule, Chören und vielen anderen als Spiel- und Probenstätte zur Verfügung.

Durch die Musikschulnutzung ist es zu einem Zentrum der musikalischen Bildung und deren öffentlicher Darstellung geworden. Bei den 37 Veranstaltungen zum 50. Geburtstag der Musikschule war es eindrucksvoll zu sehen, wie sehr Musik für Vielfalt, Respekt und Zusammenleben stehen kann.



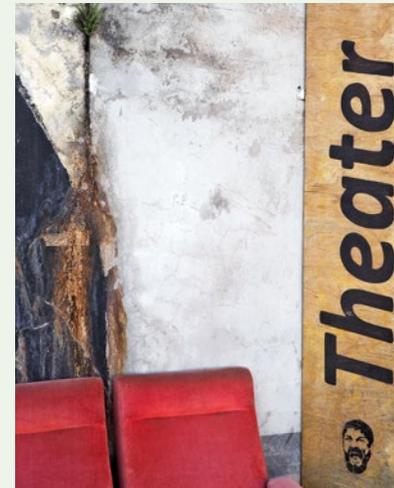
*Das Anneliese Brost Musikforum
Ruhr: ein Ort für die vielen kulturellen
Akteure der Stadt.*



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Kulturentwicklungsplan

Kulturelle Aktivitäten sind ohne Spontaneität nicht vorstellbar. Wenn man mit begrenzten Mitteln eine wirksame Kulturförderung betreiben will, muss man aber auch planen. Viele Städte haben dafür einen Kulturentwicklungsplan. Den wollen wir auch für Bochum. Die personell halbierte Kulturverwaltung kann ihn aus eigener Kraft nicht erstellen. Wir wollen deshalb im Haushalt Mittel für eine Fremdvergabe bereitstellen.

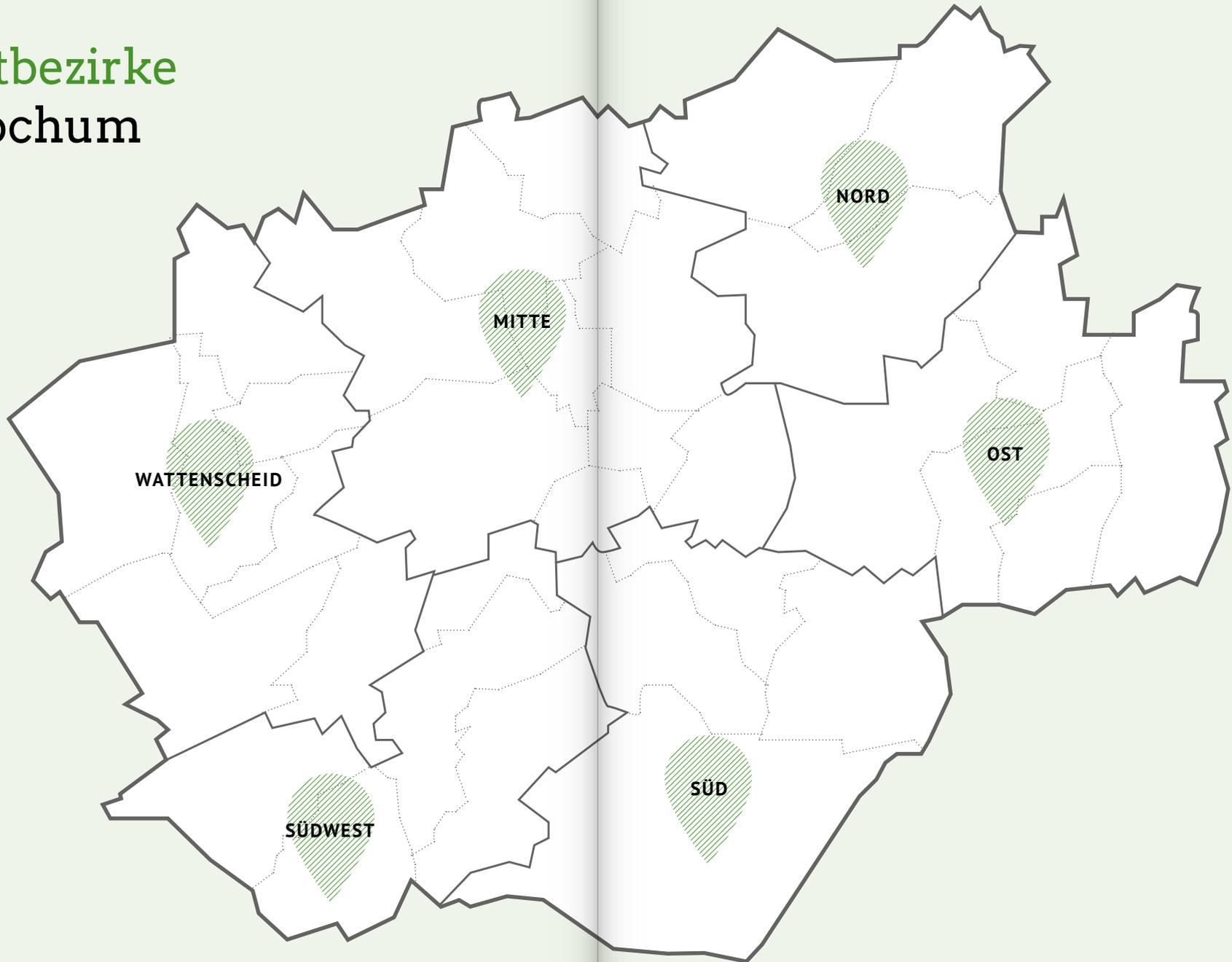


Kreativquartier Rottstraße

An der Rottstraße haben sich in den letzten Jahren vielfältige künstlerische Aktivitäten aus den verschiedensten Sparten angesiedelt. Dies bietet eine einmalige Chance einer „freien“ Kulturachse von den Kunsthallen über die ZAK, das Musikforum bis zum Schauspielhaus.



Stadtbezirke in Bochum





Bochum Mitte



GROSSE ERFOLGE

Allein die Existenz der Grün-Offenen Fraktion kann als großer Erfolg angesehen werden. Als Zusammenschluss von Grünen und Piraten in der Bezirksvertretung Bochum-Mitte bilden wir mit vier Mitgliedern die größte grüne Bezirksfraktion im ganzen Stadtgebiet.

Einer der größten Erfolge im Bezirk war die Einführung von Pfandringen als Pilotprojekt entlang der U35 an den wichtigsten Abfallbehältern. Sie dienen als Halter für Pfandflaschen, um Pfandsammler*innen ihre Arbeit zu erleichtern. Trotz anfänglichem Widerstand von Verwaltung und Politik konnten wir dieses Projekt durchsetzen.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Der Eingriff in die Frei- und Grünflächen soll so weit es geht verhindert werden. Wenn dies nicht möglich ist, soll weiterhin ortsnahe und doppelt kompensiert werden. Nachpflanzungen wollen wir stärker kontrollieren und zusätzlich bezuschussen. Wir benötigen einen weiteren Ausbau von Radwegen, außerdem wollen wir ein Pilotprojekt „Grüner Pfeil für Radfahrende“ starten.



KLEINERE ERFOLGE

Durch unsere Initiative wird bald eine Graffiti-Fläche zur Verschönerung freigegeben. Dazu werden die Wände der Bahnunterführung in der Bessemer Straße zur Verfügung gestellt. Der rasante Baumschwund im Stadtbezirk, entstanden durch Bebauung, den Sturm Ela und teilweise durch Baumsterben infolge mangelnder Pflege, ist eine große Herausforderung für die Bezirksarbeit. Hier konnten jedoch immer wieder, durch eine hervorragende Zusammenarbeit mit der Ratsfraktion, einzelne Fällungen verhindert oder Kompensationsmaßnahmen ortsnahe ermöglicht werden.

Zusammen mit der SPD haben wir erreicht, dass der sozial divergierende Bezirk Mitte nicht weiter auseinanderdriftet. Die Sozialstruktur ist extrem unterschiedlich. Unsere Devise lautet, die wenigen öffentlichen Gelder, die wir haben, in die Stadtteile zu investieren, in denen die Not am größten ist. Dies gilt für den Ausbau des offenen Ganztags, für Schulsozialarbeiter*innen, als auch für die Sanierung von Schulgebäuden oder Kindertagesstätten.



Bochum Wattenscheid



GROSSE ERFOLGE

Mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept ist es uns gelungen, die energetische und optische Sanierung von Häusern in der Innenstadt voranzubringen. Das Stadtteilbüro nimmt außerdem Vorschläge zur Verbesserung der Innenstadt auf. Mittel für die Sanierung der Pestalozzi-Realschule sowie für ökologische und soziale Projekte wurden bereitgestellt.

Um neuen, dringend notwendigen Wohnraum vor allem für Familien zu schaffen, haben wir zahlreiche neue Bauflächen ausgewiesen. Dabei haben wir als Grüne dafür gesorgt, dass Freiflächen in regionalen Grünzügen unangetastet bleiben. Mit „Wohnen im Park“ wollen wir ein neues gut durch-

misches Quartier in Westenfeld entstehen lassen. Wir haben den Jugendtreff „Heroes“ in der Innenstadt etabliert. Er bietet Möglichkeiten der kulturellen Entfaltung sowie des Austausches.

Wir haben einige Kreisverkehre gebaut, welche den Verkehr sicherer machen, z. B. „Am Thie“ und an der Schützenstraße. Auch neue Radwege entstehen und entstanden in Wattenscheid, z. B. an der Hüller Straße und auf der Bochumer Straße. In Günnigfeld konnten wir eine 14.000m² Brachfläche entsiegeln und dort ein neues Biotop entstehen lassen. Eine neue Feuerwache für die Freiwillige Feuerwehr wird endlich in Günnigfeld errichtet.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Das Hallenfreibad Höntrop wollen wir gemeinsam mit der SPD erhalten. Das notwendige Geld muss dafür vom Rat bereitgestellt werden, damit dieser Baustein kommunaler Grundversorgung erhalten werden kann, und um den Schwimmunterricht nicht zu gefährden. Wir wollen die Innenstadt weiter attraktivieren, z. B. durch die Entwicklung ungenutzter Flächen wie an der Voedestr./Friedrich-Ebert-Str. Das Ehrenmal soll als multifunktionale

Grünfläche für Erholung und Freizeit quasi neu entstehen. Die Wiedereröffnung der Grundschule Südfeldmark ist vor dem Hintergrund der überfüllten anderen Grundschulen geboten. Darüber hinaus müssen die räumlichen Bedingungen an den Innenstadt-Grundschulen generell verbessert werden. Schließlich müssen das Märkische Gymnasium und die Sporthalle Günnigfeld innen wie außen baulich und energetisch saniert werden.



Bochum Süd



GROSSE ERFOLGE

In der Bezirksvertretung haben wir Grüne uns erfolgreich und zum Teil gegen Widerstände dafür eingesetzt, dass auch im Bochumer Süden genügend Unterkünfte für Geflüchtete errichtet werden. Als Grüne im Stadtbezirk haben wir uns auch in der Flüchtlingshilfe engagiert und einen Verein mitge-

gründet, der Hilfe zur Selbsthilfe organisiert. Wir konnten außerdem dafür sorgen, dass die Haarstraße nicht auf einer neuen Trasse durch ein Landschaftsschutzgebiet geführt wird und zu einem heimlichen Uni-Zubringer wird.



KLEINERE ERFOLGE

Wir setzen uns auch weiterhin für ein tragfähiges Verkehrskonzept für den Raum zwischen Querenburg und Stiepel/Weitmar/Hattingen ein, sowie für eine Verbesserung der ÖPNV-Verbindungen zwischen Uni-Campus und dem übrigen Stadtgebiet (Stichwort: „U35“). Wir wollen die Radfahrstreifen an unseren Straßen erneuern bzw. neu anlegen. Wir wollen auch mehr Spielstraßen und Tempo 30 Zonen einrichten, damit gerade unseren jüngsten und ältesten Verkehrsteilnehmern ein gefahrloses Überqueren von Straßen ermöglicht wird. Auch ist es für uns wichtig, Bürgeranregungen aufzunehmen und Lösungen zu schaffen. Das Bürgerbüro im Bochumer Süden muss erhalten bleiben, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht alle Angelegenheiten im Rathaus erledigen müssen.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Aufgrund des knappen Budgets können wir leider oft nur für das Allernotwendigste Geld zur Verfügung zu stellen. Oft haben wir eine Feuerwehrfunktion. Wenn z.B. der Notausgang einer Schule erneuert werden muss, müssen bereits angefangene Projekte zur Seite gestellt werden, um die Gefahrenstelle zu beseitigen. Wir bemühen uns, Schulen, Kindergärten, Jugendzentren usw. so mit bezirklichen Mitteln auszustatten, dass für die Kinder und Jugendlichen dort nicht nur Lernen möglich ist, sondern auch Spaß in der Freizeit. Die jährliche Spielleitplanung begleiten wir sehr aufmerksam. Wir fahren häufig mit den Mitarbeitern der Stadt durch die Stadtteile um die Spielplätze zu begutachten.



Bochum Ost



GROSSE ERFOLGE

Als großen Erfolg im Bochumer Osten kann man die Aufnahme der vielen Flüchtlinge und danach den Umgang mit ihnen ansehen. Im Bochumer Osten wurden die meisten Flüchtlinge (im Verhältnis zur Bevölkerungszahl) aufgenommen. Durch gute Vorbereitung (Bürgerversammlungen) und bereits vorhandene Strukturen (Bahnhof Langendreer usw.) entstand eine Begrüßungskultur, die ihresgleichen sucht.



KLEINERE ERFOLGE

Als gar nicht so kleiner Erfolg kann angesehen werden, dass die Umwandlung von Landschaftsschutzgebieten/Grüngürteln in Gewerbegebiete (siehe auch „Werner Feld“) abgelehnt wurde. In diesem Zusammenhang konnte auch deutlich gemacht werden, dass der Bochumer Osten bereits jetzt im Vergleich zu den anderen Bochumer Bezirken unverhältnismäßig hoch mit Gewerbegebieten „belastet“ ist.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Wir wollen die äußerst positive und auf Augenhöhe stattfindende Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion fortsetzen. Besonders wichtig ist uns auch weiterhin der Erhalt der Landschaftsschutzgebiete und Grüngürtel im Bochumer Osten. Wir werden das bewilligte Programm „Soziale Stadt Werne / Langendreer-Alter Bahnhof“ zusammen mit der Bevölkerung konstruktiv begleiten.

Es konnte erreicht werden, dass der Verein Langendreer 04 gerechterweise einen Kunstrasenplatz erhält und dass einvernehmlich mit dem Verein LFC Laer ein geeignetes Gelände für den Bau eines neuen Sportplatzes gefunden wurde.



Bochum Südwest



GROSSE ERFOLGE

Mit der Fortsetzung der Koalition mit der SPD-Fraktion im Bezirk Südwest konnte bereits zu Beginn der Wahlperiode das Thema Erhalt der Grünflächen und Ausbau des Fuß- und Radwegesetzes verankert werden. So konnten wir z. B. die Erneuerung der Baumscheiben und die Sicherung der Baumbepflanzung in der Eiberger

Str. im Haushalt verankern. Es konnte eine gute Lösung für die Unterbringung der Flüchtlinge und ihrer Familien im Südwesten erreicht werden. Die Umsetzung der gesamtstädtischen Maßnahmen wurde durch Stellungnahmen, die Beteiligung an Diskussionen und Unterstützung von integrativen Aktionen (Stadtteilstefte) unterstützt.



KLEINERE ERFOLGE

Mit der Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Bereich Hattinger Str. von der Einmündung Hasenwinkeler Str. bis zur Dr.-C.-Otto-Straße sind wir unserem Ziel einer Verkehrsberuhigung für das Zentrum in Linden zu erreichen, einen guten Schritt weitergekommen. Der Ausbau der Radwegeverbindungen konnte in Teilen weiterentwickelt werden. Große Bebauungsvorhaben im Bezirk (Weitmar-Neuling Einkaufszentrum, Wohnbebauung an der Kemnader Str., An der Holtbrücke und in Dahlhausen) haben wir kritisch begleitet, um Grünflächen und Nahverkehr zu berücksichtigen.



DAS WOLLEN WIR NOCH SCHAFFEN

Es gilt weiterhin das Freiflächenkonzept und die Bebauungspläne aus grüner Sicht zu begleiten und damit Frischluftschneisen, Verkehrswegeverbindungen zu erhalten und nur dort zu ändern, wo es auch ökologisch und sozial vertretbar ist. Eine rein private Wohnbebauung am Rande des Weitmarer Holzes ist daher aus unserer Sicht nicht vertretbar. Wohnungsbau heißt für uns auch soziale Wohneinheiten bei Planungen zu berücksichtigen sowie auf eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr zu achten. Noch nicht gelungen ist die Entwicklung eines guten Radwegekonzeptes für die Hattinger Str. zwischen Linden-Mitte und Blankensteiner Straße.



Bochum Nord



GROSSE ERFOLGE

Gleich zwei langjährige Forderungen der Grünen im Norden wurden in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode in der Bezirksvertretung beschlossen: Die Erstellung eines Verkehrskonzeptes für den Stadtbezirk Nord und die Aufgabe der Planung für die so genannte „Westumgehung Gerthe“. Wir Grünen setzen uns konsequent für Ausbau von Bus und Bahn sowie des Fahrradverkehrs ein. Diese müssen Vorrang vor dem Bau neuer Straßen erhal-

ten. Denn neue Straßen lösen keine Verkehrsprobleme, im Gegenteil sie ziehen mehr Verkehr an. Daher bewerten wir den geplanten sechsspurigen Ausbau der Autobahn A40 kritisch und fordern auch beim sechsspurigen Ausbau der Autobahn A43 die Interessen der Anwohner und der Natur im Norden stärker zu berücksichtigen. Es ist ein Umdenken in der Verkehrsplanung und eine umfangreiche Beteiligung der Bürger/innen notwendig.



KLEINERE ERFOLGE

Im Bereich der Investitionen setzen wir den eingeschlagenen Weg zur Förderung der Bereiche Bildung, Soziales und Umwelt fort. Daher investierten wir in diesen Bereichen, wobei das Schulzentrum Gerthe und das Amtshaus Harpen Schwerpunkte bildeten. Glücklicherweise ist es mittlerweile gelungen, dass überbezirkliche Mittel zur Sanierung des Schulzentrums Gerthe bereitgestellt werden. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner SPD haben wir zudem erreicht, dass das Amtshaus Harpen weiterhin als Versammlungsstätte und als Anlaufstelle für Menschen auf

der Flucht genutzt wird. Beide Bezirksfraktionen setzen sich weiterhin für den Aufbau eines Bürgerzentrums in Harpen ein.

Zudem ist es uns gelungen, größere Eingriffe in Landschafts- und Naturschutzgebiete zu verhindern und stattdessen Gelder für Sanierungsmaßnahmen (z.B. im Harpener Bockholt, an den Harpener Teichen und im Hiltroper Volkspark) bereitzustellen. Bei Wohnbauprojekten setzen wir uns besonders für die Förderung von Familien, Senioren und eines generationenübergreifenden Wohnens ein.

DIE GRÜNEN im Rat

Rathaus Bochum
Zimmer 258
Willy-Brandt-Platz 2-6
44777 Bochum

Tel. 0234/ 910-1891
Fax 0234/ 910-1614

✉ GRUENEimRAT@bochum.de

📘 [@grueneimratbochum](https://www.facebook.com/grueneimratbochum)

🐦 [@grueneratbochum](https://www.twitter.com/grueneratbochum)

www.grueneimrat-bochum.de

